

Sachdokumentation:

Signatur: DS 4379

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/4379



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.

Schädlicher Mindestlohn

Vertreibt Arbeits- plätze aus der Stadt Winterthur.

**Mindestlohn ist
das falsche Mittel
gegen Armut.**

**Höhere Preise
betreffen uns alle!**

**Mindestlohn zerstört
Sozialpartnerschaft.**

**Breite Allianz gegen
staatliches Lohndiktat.**

mindestlohn-nein.ch

Am 18. Juni

NEIN zum staatlichen
Lohndiktat

Mindestlohn vertreibt Arbeitsplätze und Gewerbe

Winterthur ist eine wirtschaftlich erfolgreiche Stadt. Dank der freiheitlichen Wirtschaft profitieren wir von einer sehr tiefen Arbeitslosigkeit und einem hohen Wohlstand. Wichtiges Puzzleteil dieses Erfolgsmodells ist die Verhandlung der Löhne zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern.

Setzt der Staat Mindestlöhne fest, ist das ein massiver Eingriff in die freiheitliche Wirtschaft. Es braucht eine riesige Kontrollbürokratie. Schon heute leiden Gewerbe und KMU unter den vielen Regulierungen und Vorschriften. Ein staatliches Lohndiktat vertreibt Gewerbe und KMU aus der Stadt Winterthur.

Mit dem hohen Mindestlohn steigen auch die Arbeitskosten. So sinkt die Nachfrage nach Arbeitskräften. Arbeitsplätze werden in die Agglomeration oder ins Ausland verlagert.

Die negativen Effekte eines staatlichen Lohndiktats treffen insbesondere Berufseinsteiger, Niedrigqualifizierte, Arbeitssuchende und Mitarbeitende in Teilzeit.

Je höher Mindestlöhne angesetzt werden, desto negativer sind die Auswirkungen auf die Beschäftigung.



« Die Sozialpartnerschaft ist ein Gewinn für Arbeitnehmer und Arbeitgeber. Ein Mindestlohn zerstört diese erfolgreiche Sozialpartnerschaft. »

Désirée Schiess, Präsidentin KMU-Verband Winterthur



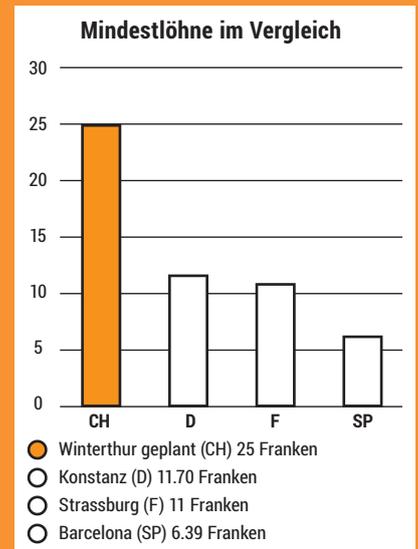
« Mit dem Ziel der Vorlage bin ich einverstanden. Experten sind sich aber einig: Ein Mindestlohn ist ungeeignet zur Armutsbekämpfung und hat ein grosses Schadenspotenzial. »

Urs Hofer, Vorstand KMU-Verband und Fraktionspräsident FDP Winterthur

Um was geht es?

Unfairer Mindestlohn

Die Stimmberechtigten der Stadt Winterthur entscheiden am 18. Juni über die Einführung eines Mindestlohns. Der vorgeschlagene Mindestlohn beträgt inkl. Ferienanteil 25 Franken pro Stunde. Damit gehört der Winterthurer Mindestlohn zu den höchsten auf der Welt. Der staatlich garantierte Mindestlohn ist weder an Leistung noch an Aus- oder Weiterbildung gekoppelt. Eine Lehre lohnt sich nicht mehr. Durchmischung ade: Je höher der Mindestlohn, desto mehr Arbeitsplätze verschwinden aus der Stadt.



Mit dem Mindestlohn ist die Sozialpartnerschaft im Eimer

Die Lohnverhandlungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer haben in der Schweiz Tradition und haben sich bewährt. Niemand kennt die Bedingungen in den jeweiligen Branchen besser als Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Ein staatlich verordneter Mindestlohn setzt die bewährte Sozialpartnerschaft de facto ausser Kraft. **Die vielen Pluspunkte der Sozialpartnerschaft und von Gesamtarbeitsverträgen werden gefährdet.**

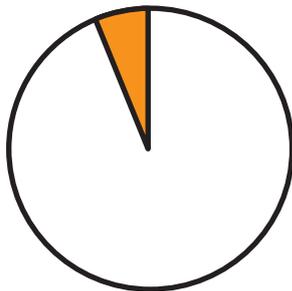
Dazu gehören beispielsweise Regelungen zur Frühpensionierung, Ferienregelungen, Aus- und Weiterbildungen und vieles mehr. Das staatliche Lohndiktat stellt einen massiven Eingriff in die unternehmerische Freiheit dar.

Deshalb sagen KMU, Gewerbe und Arbeitgeber NEIN zum staatlich verordneten städtischen Mindestlohn.

Mindestlöhne sind untauglich zur Armutsbekämpfung

Ohne Zweifel, Armut ist für die Betroffenen ein Problem. Und gezielte Hilfe ist eine Aufgabe des Staates. **Doch ein staatlich verordneter Mindestlohn ist die falsche Massnahme zur Bekämpfung der Armut.** Der Grund ist einfach: Die Stundenlöhne sagen wenig über das verfügbare Haushaltseinkommen aus. Vier Fünftel der Armutsbetroffenen arbeiten gar nicht. Und von den Armutsbetroffenen, die arbeiten, verdienen zwei Drittel mehr als der Mindestlohn. Wie die Konjunkturforschungsstelle der ETH KOF für den Kanton schätzt, würden höchstens sieben Prozent der Armutsbetroffenen von einem Mindestlohn profitieren. 93% hätten nur Schaden ohne Nutzen. Und rund 88% gehören gar nicht zu den Armutsbetroffenen. Es sind zum Beispiel Studierende, die noch zuhause wohnen. **Das heisst: Zur Bekämpfung der Armut ist ein Mindestlohn völlig ungeeignet.**

Nur 7% der Armen profitieren vom Winterthurer Mindestlohn



- Armutsbetroffene
- Armutsbetroffene, die vom Mindestlohn profitieren

Die Befürworter verkaufen den Mindestlohn als Mittel zur Armutsbekämpfung. Doch genau dafür taugt er nicht. **Im Gegenteil, das staatliche Lohndiktat richtet einen grossen Schaden an. Arbeitsplätze in der Stadt werden aus der Stadt vertrieben, die Durchmischung sinkt, die Preise steigen und die Sozialpartnerschaft wird zerstört.** Zudem braucht es für die Durchsetzung des Mindestlohnes eine riesige Kontrollbürokratie. Und ist der Mindestlohn einmal beschlossen, wird er ständig erhöht. Staatliche Eingriffe in die Löhne sind nur zu rechtfertigen, wenn sie etwas bringen. Der staatliche Mindestlohn bekämpft die Armut jedoch nicht. Gleichzeitig erhöht er die Preise für alle – auch jene, die tatsächlich von Armut betroffen sind. **Deshalb: NEIN zum schädlichen Mindestlohn.**



«Zur Bekämpfung von Armut in der Stadt Winterthur sind Mindestlöhne das falsche Mittel. Sie schaden allen – und nützen fast niemandem.»

Michael Zeugin, Fraktionspräsident GLP



«Verschieden hohe Mindestlöhne in Winterthur und Zürich? Da ist das bürokratische Chaos für Unternehmen vorprogrammiert.»

Alexandra Stadelmann, Präsidentin Die Mitte Stadt Winterthur

Höhere Preise treffen alle!

Winterthur ist schon heute eine teure Stadt. Ein staatlich verordneter Mindestlohn erhöht die Kaufkraft der Menschen jedoch nicht. Im Gegenteil. Alles wird teurer. Der Grund ist einfach: Höhere Lohnkosten bedeuten für Unternehmen auch höhere Produktionskosten. Das verteuert die Produkte und Dienstleistungen, die sie anbieten. Die höheren Preise müssen am Schluss von den Konsumentinnen und Konsumenten bezahlt werden. **Alle bezahlen mehr und Winterthur wird noch teurer.** Viele Menschen – insbesondere Familien – überlegen sich zwei Mal, ob sie noch in der Stadt leben wollen. Die von den Linken so oft geforderte Diversität und Durchmischung der Gesellschaft wird so je länger je mehr verunmöglicht.



«Der Winterthurer Mindestlohn vertreibt Arbeitsplätze und Gewerbe aus der Stadt. Deshalb sage ich klar NEIN zum schädlichen Mindestlohn.»

Maria Wegelin, Präsidentin SVP Winterthur

«KMU, Gewerbe und Gastro leiden schon heute unter der überbordenden Bürokratie. Der städtische Mindestlohn verschärft diese Situation noch einmal.»

Remo Cozzio, Präsident City-Vereinigung Junge Altstadt Winterthur



Winterthurer NEIN hat Tradition

Die Stadt Winterthur hat schon einmal **NEIN** gesagt zu einem **staatlichen Mindestlohn**. In der eidgenössischen Abstimmung vom 18. Mai 2014 wurde die Mindestlohn-Initiative in der Stadt Winterthur sehr deutlich abgelehnt. Damals schadete der fixe

Mindestlohn der ganzen Schweiz. Heute schadet er allein der Stadt Winterthur. Weil er Arbeitsplätze aus der Stadt vertreibt und die Durchmischung gefährdet. **Deshalb auch heute: NEIN zum schädlichen Mindestlohn.**

NEIN zum Winterthurer Mindestlohn!

Der schädliche Mindestlohn:

- nützt nichts gegen Armut
- erhöht die Preise für alle
- entwertet die Lehre, Aus- und Weiterbildung
- vertreibt Arbeitsplätze aus der Stadt
- zerstört die Sozialpartnerschaft

Deshalb engagieren wir uns gegen das staatliche Lohndiktat.

Breite Allianz sagt NEIN zum Winterthurer Mindestlohn

FDP, Die Liberalen, Grünliberale, SVP, EDU
KMU- und Gewerbeverband Kanton Zürich, Zürcher Handelskammer, Zürcher Hotellerie-Verein, GastroZürich, Zürcher Bäcker-Confiseur-Meister Verband des ZHBC, CafetierSuisse ZH,

GastroWinterthur, Allpura
KMU-Verband Winterthur und Umgebung, Handelskammer und Arbeitgebervereinigung Winterthur, City-Vereinigung Junge Altstadt

Überparteiliches Komitee NEIN zum Mindestlohn,
c/o KMU- und Gewerbeverband Kanton Zürich (KGV)
Ilgenstrasse 22, 8032 Zürich,
info@mindestlohn-nein.ch
mindestlohn-nein.ch

Am 18. Juni
NEIN zum staatlichen
Lohndiktat